

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 22 | 04.06.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmüller | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neuerscheinung

Max Hofmann

Volksgesetzgebung

Die Monografie analysiert die direkte Demokratie als „Volksgesetzgebung“ und ihre Beziehungen zum Repräsentativsystem.

ISBN 978-3-902883-46-9, 1. Auflage, XVII und 157 Seiten, Harteinband, 40 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 94/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Durchführung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSa-DG) erlassen und mit dem das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz, das Finanzstrafgesetz und das Strafgesetzbuch geändert werden (**Strafrechtliches EU-Anpassungsgesetz 2021 – StrEU-AG 2021**) (Schaffung von Begleitgesetzgebung, die die Unabhängigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Effizienz der von ihr geführten Verfahren sicherstellt; Schaffung von Durchführungsbestimmungen, die so weit wie möglich die Gegebenheiten der nationalen Bestimmungen über das Strafverfahren aufgreifen und die wirksame Vollstreckung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen anderer MS in Österreich sicherstellen; logistische Maßnahmen, die die baldige Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Österreich bewirken)

[BGBl I 95/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über eine COVID-19 Investitionsprämie für Unternehmen (**Investitionsprämien-gesetz – InvPrG**) geändert wird (Start eines Impulsprogramms, um die Resilienz und die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Betriebe durch Investitionen zu stärken; Erzielung einer volkswirtschaftlich uneingeschränkt positiven Signalwirkung; Bereitstellung eines Liquiditätsbudgets von EUR 5 Mrd, um Vorzieheffekte bei Investitionen zu ermöglichen und der Konjunktur einen entscheidenden Impuls zu geben)

[BGBl I 96/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort genehmigt wird**, geändert wird (Förderung insb Klein- und Kleinstunternehmen, um Wachstumseffekte auszulösen; Investition in die Zukunftsfelder Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheit; Verknüpfung essentieller Struktureffekte mit dieser Fördermaßnahme)

[BGBl I 97/2021](#)

Bundesgesetz zur **Beschaffung von und Verfügung über SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung** im Rahmen der COVID-19-Öffnungsverordnung (verstärkte Nutzung vor Ort vorhandener Wissenspotentiale im Interesse einer raschen, sparsamen und zweckmäßigen Vollziehung; zusammenfassende und steuernde Funktion des Bundes; Festlegung des budgetären Höchstrahmens von EUR 60 Mio aufgrund von Erfahrungswerten der Bundesbeschaffungs GmbH bei vergleichbaren Beschaffungsvorgängen)

[BGBl I 98/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bankwesengesetz**, das **Börsegesetz 2018**, das **Finalitätsgesetz**, das **Finanzmarkt-Geldwäsche-Gesetz**, das **Sanierungs- und Abwicklungsgesetz**, das **Wertpapieraufsichtsgesetz 2018** und das **Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetz** geändert werden (Konzessionspflicht für bestimmte und gemischte Finanzholdinggesellschaften, so dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf konsolidierter Basis innerhalb der gesamten Gruppe eingehalten werden; Verantwortlichkeit von jenen Finanzholdinggesellschaften für die Einhaltung der auf konsolidierter Basis anzuwendenden Aufsichts-anforderungen; Einräumung der notwendigen Aufsichtsbefugnisse der Finanzmarktaufsicht gegenüber Finanzholdinggesellschaften)

[BGBl I 99/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** und das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert werden (gesetzliche Festlegung, dass die öffentlichen Apotheken im Fall der Inanspruchnahme ihrer Leistungen iZm der Distribution des Impfstoffs durch den ärztlichen Bereich Anspruch auf ein Honorar von EUR 5,- pro Impfflaschen haben; Abrechnung der ggst Distributionsgebühr im Wege der Österreichischen Gesundheitskasse mit den öffentlichen Apotheken über die Pharmazeutische Gehaltskasse; Kostenersatz für die Distributionsgebühr erfolgt durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds)

[BGBl I 100/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Epidemiegesetz 1950** und das **COVID-19-Maßnahmengesetz** geändert werden (redaktionelle Anpassungen)

[BGBl II 238/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport betreffend die **Verlängerung der Dienstfreistellung wegen Zugehörigkeit zur COVID-19-Risikogruppe nach § 12k Gehaltsgesetz 1956 und § 29p Vertragsbedienstetengesetz 1948**

[BGBl II 240/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

[BGBl II 242/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (**3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung**)

[BGBl II 243/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über **Leistungsstipendien an Pädagogischen Hochschulen für das Studienjahr 2020/2021**

[BGBl II 246/2021 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport betreffend den Frauenförderungsplan des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (**Frauenförderungsplan BMKÖS**)

[BGBl II 247/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (**4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 194 v 02.06.2021, 10](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2021/881 der Kommission vom 23. März 2021 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/689 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften betreffend **Überwachung, Tilgungsprogramme und den Status „seuchenfrei“** für bestimmte gelistete und **neu auftretende Seuchen**

[ABI L 195 v 03.06.2021, 3](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/891 der Kommission vom 2. Juni 2021 zur Festlegung unionsweit geltender Leistungsziele für das **Luftverkehrsmanagementnetz** für den dritten Bezugszeitraum (2020-2024) und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2019/903

[ABI L 195 v 03.06.2021, 9](#)

Berichtigung der Richtlinie (EU) 2021/555 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 über die Kontrolle des Erwerbs und des **Besitzes von Waffen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.02.2021, [E 185/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf Erteilung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan bei gleichzeitiger Erteilung des Aufenthaltstitels „Aufenthaltsberechtigung plus“ für die Dauer von zwölf Monaten; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

23.02.2021, [E 689/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

23.02.2021, [E 775/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben sowie mit der Situation Minderjähriger

23.02.2021, [E 3278/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben sowie mit der sicheren Erreichbarkeit der „Herkunftsprovinz“

23.02.2021, [E 4376/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend eine christliche Familie von Staatsangehörigen aus Armenien mangels nachvollziehbarer Begründung der Niederschrift zur mündlich verkündeten Entscheidung

24.02.2021, [E 2461/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; keine Heranziehung von Länderberichten zur Existenzsicherung sowie zur Lage von Sunniten

24.02.2021, [E 4048/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine Auseinandersetzung mit der Tätigkeit als Polizist vor dem Hintergrund des nach den Länderberichten erhöhten Risikoprofils

24.02.2021, [E 4208/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Aberkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

25.02.2021, [E 2687/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen von Myanmar nach Bangladesch geflüchteten Angehörigen der Volksgruppe der Rohingya; widersprüchliche Feststellungen und mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderfeststellungen zu Bangladesch

25.02.2021, [E 3319/2020](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Bangladesch; mangelhafte Begründung der Unglaubwürdigkeit des Asylvorbringens und der Schutzfähigkeit angesichts der Länderberichte sowie Widersprüche der Feststellungen zum Akteninhalt

10.03.2021, [E 345/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Situation von Kindern durch Außerachtlassung aktueller Länderberichte

10.03.2021, [E 2122/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** mangels Auseinandersetzung mit dem **Einreiseverbot** betreffend einen Staatsangehörigen von Indien

29.04.2021, [E 15/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten betreffend Minderjährige

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.03.2021, [Ra 2020/18/0197-0204](#)

VwGG; es ist davon auszugehen, dass die unterbliebene Erwähnung von **Wiederaufnahme- und Wiedereinsetzungsanträgen** in § 30b Abs 1 VwGG vom Gesetzgeber nicht gewollt war und dem systematisch intendierten Zusammenspiel von **Vorentscheidung durch das Verwaltungsgericht und Überprüfungsmöglichkeit** dieser Entscheidung durch den Verwaltungsgerichtshof (im Wege eines Vorlageantrags) widerspricht; diese Gesetzeslücke ist durch Auslegung dahingehend zu schließen, dass gegen sämtliche in § 30a VwGG vorgesehenen zurückweisenden Vorentscheidungen des Verwaltungsgerichts das Rechtsmittel des Vorlageantrages zur Verfügung steht; für die Annahme, dass nach den Absichten des Gesetzgebers kein Rechtsmittel gegen vorentscheidende Zurückweisungen von Anträgen auf Wiederaufnahme des Verfahrens und auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand durch das Verwaltungsgericht möglich sein sollte, finden sich in den Materialien keine Hinweise; gegen jede Vorentscheidung durch ein Verwaltungsgericht gemäß § 30a VwGG kann ein Vorlageantrag gestellt werden

16.04.2021, [Ra 2019/03/0016](#)

ORF-G; RL über audiovisuelle Mediendienste; Hinweise auf Sponsoren, welche abseits der gesponserten Sendung ausgestrahlt werden – wie hier im Zusammenhang mit bloßen Programmankündigungen –, sind nicht als "Sponsorhinweise" iSd § 17 Abs 1 Z 2 ORF-G zu qualifizieren, sondern **unter den Begriff der "Werbung" zu subsumieren**; derartige Hinweise sind sohin einerseits gemäß § 14 Abs 1 ORF-G eindeutig von anderen Programmteilen zu trennen und andererseits gemäß § 14 Abs 4 bzw Abs 5 ORF-G in die höchstzulässige Werbezeit einzurechnen; diese Auslegung ist – aufgrund der im ORF-G der RL über audiovisuelle Mediendienste übernommenen Regelungen zum Sponsoring und zu "Sponsorhinweisen" – neben dem Bereich des Fernsehens auch für den Bereich des Hörfunks maßgeblich

19.04.2021, [Ro 2020/10/0024](#)

Sbg SchischulG; im **Schischulbewilligungsverfahren** nach dem Sbg SchischulG stellt sich die Frage der **konkreten Möglichkeit einer Gefährdung** durch Lawinenabgänge nicht; § 8 Sbg SchischulG regelt die Bewilligungsfähigkeit von Schi- und Snowboardschulen vielmehr ausschließlich unter den dargestellten Aspekten der Gewährleistung eines geordneten Schischulwesens

21.04.2021, [Ra 2020/02/0064](#)

KFG; der **Verfall** der in § 98a KFG angeführten **Radar- oder Laserblocker oder deren Gerätekomponenten**, die an oder in Fahrzeugen entdeckt werden, ist seit der 39. KFG-Novelle 1967, BGBl I Nr 134/2020, in Abs 8 des mit der Überschrift "Strafbestimmungen" versehenen § 134 KFG 1967 geregelt und nunmehr ausdrücklich **als Strafe normiert** (vgl ErläutRV 411 BlgNR 27 GP 6); diese Neuregelung trat gemäß § 135 Abs 39 Z 1 KFG 1967 am 16. Dezember 2020 in Kraft

27.04.2021, [Ra 2020/10/0186](#)

ForstG; wird im Verfahren betreffend **Rodungsbewilligung** das **öffentliche Interesse an der Schaffung von Arbeitsplätzen** geltend gemacht, so hat das VwG zur Frage der Arbeitsmarktsituation in der Gemeinde bzw in der Region sowie der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch das gegenständliche Vorhaben Ermittlungen durchzuführen und darauf aufbauend die erforderlichen Feststellungen zu treffen und in der Begründung des Erkenntnisses schlüssig darzulegen, ob und welches öffentliche Interesse vorliegt, und im Anschluss daran eine Abwägung des allenfalls gegebenen öffentlichen Interesses gegen das öffentliche Interesse an der Walderhaltung vorzunehmen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[03.06.2021, Rs C-650/18, Ungarn/ Parlament](#)

Nichtigkeitsklage – Art 7 Abs 1 EUV – Entschließung des Europäischen Parlaments zu einem Vorschlag, mit dem der Rat der Europäischen Union aufgefordert wird, das **Bestehen einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte**, auf die sich die Union gründet, festzustellen – Art 263 und 269 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Zulässigkeit der Klage – Anfechtbare Handlung – Art 354 AEUV – Regeln für die Stimmenauszählung im Parlament – Geschäftsordnung des Parlaments – Art 178 Abs 3 – Begriff der ‚abgegebenen Stimmen‘ – Enthaltungen – **Grundsätze der Rechtssicherheit, der Gleichbehandlung, der Demokratie und der loyalen Zusammenarbeit**

[03.06.2021, Rs C-326/19, Ministero dell'Istruzione, dell'Università e della Ricerca – MIUR u.a. \(Chercheurs universitaires\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraf 5 – **Aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge oder -verhältnisse** – Missbräuchliche Verwendung – Präventivmaßnahmen – Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Sektor – Hochschulforscher

[03.06.2021, Rs C-546/19, Westerwaldkreis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Einwanderungspolitik – Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – Richtlinie 2008/115/EG – Art 2 Abs 1 – Geltungsbereich – Drittstaatsangehöriger – Strafrechtliche Verurteilung in dem Mitgliedstaat – Art 3 Nr 6 – **Einreiseverbot – Gründe der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit** – Aufhebung der Rückkehrentscheidung – Rechtmäßigkeit des Einreiseverbots

[03.06.2021, Rs C-563/19 P, Recylex u.a./ Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Markt für die Wiederverwertung von Autobatterien – Mitteilung über die Zusammenarbeit von 2006 – Rn 26 – Teilerlass – Zusätzliche, die Schwere oder die Dauer der Zuwiderhandlung erhöhende Tatsachen – Der Europäischen Kommission bekannte Umstände – **Ermäßigung der Geldbuße** – Einstufung im Hinblick auf die Ermäßigung – Zeitliche Reihenfolge

[03.06.2021, C-624/19, Tesco Stores](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Gleiches Entgelt für Männer und Frauen – Art 157 AEUV – Unmittelbare Wirkung – **Begriff ‚gleichwertige Arbeit‘** – Klagen auf gleiches Entgelt bei gleichwertiger Arbeit – Einheitliche Quelle – Arbeitnehmer verschiedenen Geschlechts, die denselben Arbeitgeber haben – Verschiedene Betriebe – Vergleich

[03.06.2021, Rs C-726/19, Instituto Madrileño de Investigación y Desarrollo Agrario y Alimentario](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraf 5 – Anwendbarkeit – Begriff ‚aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge oder -verhältnisse‘ – Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Sektor – **Maßnahmen zur Vermeidung und Ahndung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge** – Begriff der solche Verträge rechtfertigenden ‚sachlichen Gründe‘ – Gleichwertige gesetzliche Maßnahmen – Verpflichtung, das nationale Recht unionsrechtskonform auszulegen – Wirtschaftskrise

[03.06.2021, Rs C-762/19, CV-Online Latvia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtlicher Schutz von Datenbanken – Richtlinie 96/9/EG – Art 7 – Schutzrecht sui generis der Hersteller von Datenbanken – Für jeden Dritten bestehendes Verbot, ohne die Zustimmung des Herstellers die Gesamtheit oder einen wesentlichen Teil des Inhalts der Datenbank zu ‚entnehmen‘ oder ‚weiterzuverwenden‘ – Im Internet frei zugängliche Datenbank – **Auf die Suche von Stellenanzeigen spezialisierte Metasuchmaschine** – Entnahme und/oder Weiterverwendung des Inhalts einer Datenbank – Beeinträchtigung der wesentlichen Investition in die Beschaffung, Überprüfung oder Darstellung des Inhalts einer Datenbank

[03.06.2021, Rs C-784/19, TEAM POWER EUROPE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wanderarbeitnehmer – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 12 Abs 1 – Entsendung – Leiharbeitnehmer – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 14 Abs 2 – Bescheinigung A 1 – **Bestimmung des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber gewöhnlich tätig ist** – Begriff ‚andere nennenswerte Tätigkeiten als reine interne Verwaltungstätigkeiten‘ – Keine Überlassung **von Leiharbeitnehmern im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber ansässig ist**

[03.06.2021, Rs C 822/19, Flavourstream](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wanderarbeitnehmer – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 12 Abs 1 – Entsendung – Leiharbeitnehmer – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 14 Abs 2 – Bescheinigung A 1 – Bestimmung des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber gewöhnlich tätig ist – Begriff ‚andere nennenswerte Tätigkeiten als reine interne Verwaltungstätigkeiten‘ – Keine Überlassung von Leiharbeitnehmern im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber ansässig ist

[03.06.2021, Rs C-910/19, Bankia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/71/EG – Prospekt beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel – Art 3 Abs 2 – Art 6 – Angebot, das sich sowohl an Kleinanleger als auch an qualifizierte Anleger richtet – Inhalt der im Prospekt enthaltenen Angaben – **Haftungsklage** – Kleinanleger und qualifizierte Anleger – Kenntnis von der wirtschaftlichen Situation des Emittenten

[03.06.2021, Rs C-914/19, Ministero della Giustizia \(Notaires\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Grundsatz der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Art 6 Abs 1 – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 21 – **Verbot der Diskriminierung wegen des Alters** – Nationale Regelung, mit der eine Altersgrenze von 50 Jahren für den Zugang zum Notarberuf festgelegt wird – Rechtfertigung

[03.06.2021, Rs C-931/19, Titanium](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 43 und 45 – Richtlinie 2006/112/EG in der durch die Richtlinie 2008/8/EG geänderten Fassung – Art 44, 45 und 47 – Dienstleistungen – Steuerlicher Anknüpfungspunkt – **Begriff der festen Niederlassung** – Vermietung einer Immobilie in einem Mitgliedstaat – Immobilieneigentümerin mit Gesellschaftssitz auf der Insel Jersey

[03.06.2021, Rs C-942/19, Servicio Aragonés de la Salud](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** – Ablehnung eines Antrags auf Gewährung einer für das unbefristet beschäftigte statutarische Personal vorgesehenen Beurlaubung wegen Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Sektor – Nationale Regelung, mit der diese Beurlaubung im Fall der Aufnahme einer befristeten Beschäftigung ausgeschlossen wird – **Anwendungsbereich** – Unanwendbarkeit von Paragraph 4 – Unzuständigkeit des Gerichtshofs

[03.06.2021, Rs C-39/20, Jumbocarry Trading](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Zollkodex der Union – Art 22 Abs 6 Unterabs 1 in Verbindung mit Art 29 – Mitteilung der Gründe an die betroffene Person vor Erlass einer diese Person belastenden Entscheidung – Art 103 Abs 1 und Art 103 Abs 3 Buchst b – Verjährung der Zollschuld – **Frist für die Mitteilung der Zollschuld** – Aussetzung der Frist

– Art 124 Abs 1 Buchst a – Erlöschen der Zollschuld bei Verjährung – Zeitlicher Anwendungsbereich der Bestimmung über die Aussetzungsgründe – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes

03.06.2021, Rs C-39/20, Jumbocarry Trading

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Zollkodex der Union – Art 22 Abs 6 Unterabs 1 in Verbindung mit Art 29 – Mitteilung der Gründe an die betroffene Person vor Erlass einer diese Person belastenden Entscheidung – Art 103 Abs 1 und Art 103 Abs 3 Buchst b – Verjährung der Zollschuld – Frist für die Mitteilung der Zollschuld – Aussetzung der Frist – Art 124 Abs 1 Buchst a – **Erlöschen der Zollschuld bei Verjährung** – Zeitlicher Anwendungsbereich der Bestimmung über die Aussetzungsgründe – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes

03.06.2021, Rs C- 76/20, BalevBio

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Aus verschiedenen Stoffen bestehende Waren – Pflanzenfasern – Melaminharz – Positionen 3924 und 4419 – Als ‚Bambusbecher‘ bezeichnete Waren

03.06.2021, Rs C-182/20, Administrația Județeană a Finanțelor Publice Suceava u.a.

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Recht zum Vorsteuerabzug – Berichtigung der Vorsteuerabzüge – Insolvenzverfahren – **Nationale Regelung, die die automatische Versagung des Vorsteuerabzugs für vor der Eröffnung dieses Verfahrens liegende steuerbare Umsätze vorsieht**

03.06.2021, Rs C-194/20, Stadt Duisburg () und droit de séjour

Vorlage zur Vorabentscheidung – Assoziierungsabkommen EWG-Türkei – Beschluss Nr 1/80 – Art 6 und 7 – Ordnungsgemäße Beschäftigung – Art 9 – Zugang der Kinder eines türkischen Arbeitnehmers zum Schulunterricht – Aufenthaltsrecht – Verweigerung

03.06.2021, Rs C-210/20, Rad Service u.a.

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vergabe öffentlicher Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Ablauf des Verfahrens – **Auswahl der Teilnehmer und Auftragsvergabe** – Art 63 – Bieter, der die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch nimmt, um die Anforderungen des öffentlichen Auftraggebers zu erfüllen – Art 57 Abs 4, 6 und 7 – Von diesem Unternehmen eingereichte unwahre Erklärungen – Ausschluss des Bieters, ohne ihn zu verpflichten oder ihm zu erlauben, dieses Unternehmen zu ersetzen – **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

03.06.2021, Rs C-280/20, Generalno konsultstvo na Republika Bulgaria

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Bestimmung der internationalen Zuständigkeit der Gerichte eines Mitgliedstaats – Art 5 Abs 1 – Arbeitnehmer, der die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt – Vertrag, der mit einer konsularischen Vertretung dieses Mitgliedstaats in einem anderen Mitgliedstaat geschlossen wurde – Aufgaben des Arbeitnehmers – Keine hoheitlichen Befugnisse

B. SCHLUSSANTRÄGE

03.06.2021 Rs C-57/19 P, Kommission/ Tempus energy und Tempus Energy Technology (GA TANCHEV)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Stromkapazitätsmarkt in Großbritannien – Entscheidung, keine Einwände zu erheben – Begriff der ernststen Schwierigkeiten – Beweismaßstab – Verpflichtung der Kommission zu sorgfältiger und unvoreingenommener Prüfung der vom betreffenden Mitgliedstaat vorgelegten Informationen – Verpflichtung der Kommission, einen Fall von Amts wegen zu untersuchen – Vorabkontakte

03.06.2021, Rs C-437/19, État du Grand-duché de Luxembourg (Informations sur un groupe de contribuables) (GA KOTT)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Richtlinie 2011/16/EU – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – Art 1 Abs 1 – Art 5 – Art 20 – Informationsersuchen der Finanzbehörde eines anderen Mitgliedstaats –

Auskunftsanordnung der ersuchten Finanzbehörde – Voraussichtliche Erheblichkeit der erbetenen Informationen – Gruppeninformationsersuchen – Identifizierte oder identifizierbare Person – Mindestinformationen – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 47 – **Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei einem Gericht** – Begründung der Auskunftsanordnung – Kenntnis der Mindestinformationen

[03.06.2021, Rs C-697/19 P, Sony Corporation und Sony Electronics/ Kommission \(GA PITRUZELLA\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Optische Laufwerke – Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Kollusive Vereinbarungen im Zusammenhang mit Ausschreibungen von zwei Herstellern von Computern – **Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – Einzelne Zuwiderhandlungen, aus denen sich diese zusammensetzt – Begründungspflicht – Verletzung von Verteidigungsrechten – Festsetzung der Geldbuße – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung

[03.06.2021, Rs C-698/19 P, Sony Optiarc und Sony Optiarc America / Kommission \(GA PITRUZELLA\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Optische Laufwerke – Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Kollusive Vereinbarungen im Zusammenhang mit Ausschreibungen von zwei Herstellern von Computern – **Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – Einzelne Zuwiderhandlungen, aus denen sich diese zusammensetzt – Begründungspflicht – Verletzung von Verteidigungsrechten – Festsetzung der Geldbuße – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung

[03.06.2021, Rs C-699/19 P, Quanta Storage/ Kommission \(GA PITRUZELLA\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Optische Laufwerke – Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Kollusive Vereinbarungen im Zusammenhang mit Ausschreibungen von zwei Herstellern von Computern – **Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – Einzelne Zuwiderhandlungen, aus denen sich diese zusammensetzt – Begründungspflicht – Verletzung von Verteidigungsrechten – Festsetzung der Geldbuße – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung

[03.06.2021, Rs C-700/19 P, Toshiba Samsung Storage Technology und Toshiba Samsung Storage Technology Korea/ Kommission \(GA PITRUZELLA\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Optische Laufwerke – Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Kollusive Vereinbarungen im Zusammenhang mit Ausschreibungen von zwei Herstellern von Computern – **Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – Einzelne Zuwiderhandlungen, aus denen sich diese zusammensetzt – Begründungspflicht – Verletzung von Verteidigungsrechten – Festsetzung der Geldbuße – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung

[03.06.2021, Rs C-825/19, Beeren-, Wild-, Feinfrucht \(GA TANCHEV\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Endverwendung – **Rückwirkende Anschlussbewilligung** – Zeitlicher Anwendungsbereich – Voraussetzungen

[03.06.2021, Rs C-833/19 P, Rat / Hamas \(GA RANTOS\)](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – Bekämpfung des Terrorismus – Restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Vereinigungen und Körperschaften – **Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen** – Belassung einer Organisation auf der Liste der an terroristischen Handlungen beteiligten Personen, Vereinigungen und Körperschaften – **Wesentliche Formvorschriften** – Unterzeichnung und Ausfertigung der Begründungen der Beschlüsse und Verordnungen des Rates der Europäischen Union, mit denen restriktive Maßnahmen verhängt werden

[03.06.2021, Rs C-919/19, Generálna prokuratúra Slovenskej republiky \(Résidence du condamné\) \(GA BOBEK\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gegenseitige Anerkennung von Urteilen in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Resozialisierung der verurteilten Person – **Vollstreckung der Sanktion in dem Mitgliedstaat**, dessen Staatsangehörigkeit die verurteilte Person besitzt und in dem sie lebt

03.06.2021, Rs C-938/19, *Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf* (GA SAUGMANDSGAARD ØE)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2003/87/EG – System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Art 2 Abs 1 – Geltungsbereich – Art 3 Buchst e – Begriff ‚Anlage‘ – Nebeneinheiten, die kein Treibhausgas ausstoßen – Art 10a – Übergangsregelung für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten – Korrigierte Quote – Berechnungsmethode – Beschluss 2011/278/EU – Art 6 Abs 1 Unterabs 3 – Export von Kaltwasser an eine Einrichtung, die Teil eines Sektors ist, in dem ein erhebliches Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht

03.06.2021, Rs C-35/20, *Syyttäjä* (Franchissement de frontières en navire de plaisance) (GA SZPUNAR)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Recht der Unionsbürger, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen – Art 21 AEUV – Strafbewehrte Verpflichtung, beim Überschreiten der Grenze eines Mitgliedstaats einen Personalausweis oder Pass mitzuführen – Richtlinie 2004/38/EG – Art 4 und 5 – Überqueren der Seegrenze eines Mitgliedstaats mit einem Vergnügungsschiff – Verordnung (EG) Nr 562/2006 (Schengener Grenzkodex) – Anhang VI – **Strafrechtliche Regelung der Tagessätze** – Berechnung der Geldstrafe anhand der Zahlungsfähigkeit des Täters – Verhältnismäßigkeit

03.06.2021, Rs C-90/20, *Apcoa Parking Danmark* (GA DE LA TOUR)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbare Umsätze – Entgeltlich erbrachte Dienstleistungen – Gebühren, die bei Nichtbeachtung der Parkbedingungen auf einem Privatgelände erhoben werden – Einstufung

03.06.2021, Rs C-119/20 *Lauku atbalsta dienests* (Aides au démarrage d'entreprises agricoles) (GA KOKOTT)

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – Art 19 Abs 1 Buchst a – Existenzgründungsbeihilfen – Beihilfe für die Entwicklung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe – Beihilfe für Junglandwirte – Sukzessive Beantragung beider Beihilfen – Zulässigkeit – Bedingungen

03.06.2021, Rs C-126/20 *ExxonMobil Production Deutschland* (GA HOGAN)

Vorlage zur Vorabentscheidung – System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Übergangsregelung zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten – Beschluss 2011/278/EU der Kommission – Art 3 Buchst h – Anlagenteil mit Prozessemissionen – **Schwefelgewinnung** – ‚Claus-Prozess‘ – Emission von in Erdgas enthaltenem CO₂ – Reichweite des Begriffs ‚Anlagenteil mit Prozessemissionen‘ – Verwendung eines kohlenstoffhaltigen Rohstoffs – Rangverhältnis zwischen den verschiedenen Kategorien von Anlagenteilen – Zuteilungsantrag, auf den am Ende einer Handelsperiode keine Zuteilung erfolgt ist – Wechsel zum nächsten Handelszeitraum

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

01.06.2021, Beschwerde Nr 62819/17 ua, *Denis ua / Belgien* GK

Keine Verletzung von Art 5 Abs 1 und Abs 4 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit), Verweigerung der Entlassung der Bf mit fortbestehenden psychischen Störungen aus der Zwangseinweisung nachdem ein neues Gesetz die Anwendung dieser Maßnahme auf schwerere Straftaten beschränkt, Bedingungen für rechtmäßige Inhaftierung erfüllt, Art 5 verpflichtet die Behörden nicht dazu, bei der Beurteilung des Fortbestehens der psychischen Störungen die Art der von der betroffenen Person begangenen Handlungen zu berücksichtigen

01.06.2021, Beschwerde Nr [19237/16](#), *Vereinigung ACCEPT ua / Rumänien*

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot), **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), **Verletzung** von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Versäumnis des Staates, einen friedlichen Verlauf der LGBT-Veranstaltung zu gewährleisten und eine effektive Untersuchung der homophoben Motive der Gegendemonstranten durchzuführen

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt § 4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

<p>96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 184/2021: VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021</p>	<p>§§ 1 und 2 ab 16.03.2020</p> <p>§ 3 ab 17.03.2020</p>	22.3.2020
<p>110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020, ausgegeben am 20.03.2020</p>	21.03.2020	13.04.2020
<p>112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020, ausgegeben am 22.03.2020</p>	23.03.2020	13.04.2020
<p>130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020, ausgegeben am 02.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 486/2020: VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	03.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 mit 04.04.2020
<p>151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020, ausgegeben am 09.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 340/2020: VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020: VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020, ausgegeben am 18.04.2020</p>	19.04.2020	<i>unverändert</i> § 2 Z 24 ab 20.04.2020
<p>→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020, mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten</p>		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

<p>98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmen-gesetzes, BGBl II 98/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 351/2020: VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020</p>	16.03.2020	22.03.2020
<p>107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020, ausgegeben am 19.03.2020</p>	20.03.2020	<i>unverändert</i>

VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950

und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft

<p>§ 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.</p> <p>§ 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</p>	<p>§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020</p>	
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i></p>	<p>07.11.2020</p>	<p>Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.</p>
<p>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</p>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	<p>03.11.2020</p>	<p>30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</p>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	<p>11.11.2020</p>	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	<p>13.11.2020</p>	<p>§2 22.11.2020</p>
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	<p>07.12.2020</p>	<p>23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)</p>
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum 18. Dezember 2020 gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>

<p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p>

		§2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
--	-----------------------	------------

85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#) (Link folgt)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Mag. Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschlager, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.